



Faltenfrei bis zum Schluss: Die Wiener Künstlerin Karin Mack bahrte sich selbst 1975 auf dem Bügelbrett auf

„Sorgearbeit kommt zu kurz“

Die deutsche Soziologin **Gabriele Winker** setzt sich seit Jahren für eine Care-Revolution ein. Derzeit erscheinen die Chancen dafür günstig

INTERVIEW:
NICOLE
SCHEYERER



Gabriele Winker, geboren 1956, Arbeitssoziologin und Genderforscherin. 2015 erschien im Transcript-Verlag ihr Buch „Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft“. Sie engagiert sich für das Netzwerk Care Revolution in Freiburg

Als Autorin des Buchs „Care Revolution“ ist die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker in Corona-Zeiten eine gefragte Interviewpartnerin. Seit 2014 setzt sich die pensionierte Hamburger Universitätsprofessorin mit dem Netzwerk Care Revolution gegen neoliberale Privatisierungs- und Sparpolitik im Sozial- und Gesundheitswesen ein.

Falter: Frau Winker, Sie haben am 1. Mai eine kleine Kundgebung auf der Straße organisiert. Wie verlief sie?

Gabriele Winker: Schon seit Jahren begehen wir vom Netzwerk Care Revolution den 1. Mai als Tag auch der unsichtbaren Arbeit. Wir wollten damit auf die Notwendigkeit des Ausbaus einer solidarischen und nachhaltigen Care-Ökonomie aufmerksam machen. Gerade jetzt leisten in den Seniorenheimen Pflegerinnen und Pfleger sehr viel, um alten Menschen das schwere Leben in der Isolation zu erleichtern. Jeden Tag kämpft medizinisches Personal auf den Intensivstationen um das Leben Erkrankter. Derzeit kommen auch viele Eltern mit der Ganztagesbetreuung ihrer Kinder bei gleichzeitiger Berufstätigkeit an die Grenzen ihrer Kräfte.

Welche Maßnahmen mussten Sie treffen?

Winker: Wir haben eine kleine Versammlung angemeldet. Sie wurde unter der Auflage genehmigt, einen Abstand von einhalb Metern einzuhalten und Mundschutz zu tragen. So standen wir mit unseren Plakaten mit Sprüchen wie etwa „Bedürfnisse

statt Profit“ oder „Solidarität statt Konkurrenz – Care Revolution jetzt“ vor dem Freiburger Münster. Wir haben mit einer Greifzange unsere Flugblätter verteilt und konnten auch einige Gespräche führen.

Wie habe Sie persönlich die Versammlung erlebt?

Winker: Es hat enorm gutgetan, den Raum der Videokonferenzen zumindest an diesem Tag zu überschreiten und wieder in der Öffentlichkeit unseren Platz einzunehmen. Es war wohlthuend, Zuspruch von anderen Menschen zu erfahren, mit denen wir, sobald die Kontakteinschränkungen aufgehoben sind, wieder gemeinsam demonstrieren werden.

Wird die Corona-Krise die Wertschätzung der Care-Arbeit nachhaltig verbessern?

Winker: Die Aufmerksamkeit für Care-Beschäftigte hat sich teilweise deutlich verstärkt. Insbesondere die Pflegekräfte, die Ärztinnen und Ärzte werden öffentlich sichtbar, da wir im Falle einer schweren Erkrankung mit Covid-19 von diesen Berufsgruppen abhängig sind. Viele Menschen sind beeindruckt, wie engagiert sich das medizinische Personal in den Krankenhäusern einsetzt – und zwar nicht wegen des Gesundheitswesens in der jetzigen Form, sondern trotz seiner. Denn in der BRD leiden die Pflegekräfte bereits seit vielen Jahren unter Personalnot und dem daraus resultierenden Stress. Entsprechend sind heute viele Menschen der Meinung, dass Gesundheit in Zukunft nicht weiter eine Ware

sein kann. Die Privatisierung von Krankenhäusern muss gestoppt und zurückgedrängt werden. Zudem benötigen wir gesellschaftliche Veränderungen, die Menschen stärken, die sich zu Hause um ihre Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern. Ohne sie funktionieren kein Gesundheitssystem und auch keine Kontakteinschränkung. Ihre Belange und die nicht entlohnte Sorgearbeit in Familien gerät in der Pandemie einmal mehr aus dem Blick ...

Welche ersten Schritte einer „revolutionären“ Veränderung streben Sie an?

Winker: Das kapitalistische Gesellschaftssystem ist so eingerichtet, dass Sorgearbeit grundsätzlich zu kurz kommt. Für einen Wandel sind mir vier Ansatzpunkte besonders wichtig. Zunächst ist eine drastische Verkürzung der allgemeinen Erwerbsarbeitszeit erforderlich. Gleichzeitig ist der Ausbau des Sozialstaats mit Angeboten wichtig, die Menschen mit Sorgebedarf oder auch hohen Sorgearbeiten unterstützen. Drittens brauchen wir demokratische Strukturen vor Ort, sodass die Bedürfnisse tatsächlich aller Menschen wahrgenommen werden. Und viertens zeigen Gemeinschaftsprojekte wie etwa Polikliniken, dass Sorgearbeit bereits heute kommunal und im Kollektiv organisiert werden kann.

Eine zentrale Forderung der Care-Revolution ist die 30-Stunden-Woche. Wie könnte das funktionieren?

Winker: Automatisch wird sich in unserer kapitalistischen Gesellschaft nichts ändern, aber ich sehe derzeit eine Chance, uns mit unseren Vorschlägen nicht nur mehr Gehör zu verschaffen, sondern auch erste Schritte voranzukommen. Die größte Einzelgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund, die IG Metall, hat 2019 eine Kampagne zur Verkürzung der Erwerbsarbeit gestartet. Da derzeit die Zahl der Erwerbslosen steigt, ist eine solche kurze Vollzeitverwerbsarbeit attraktiv. So könnten Menschen, die in der Corona-Pandemie ihre Arbeit verloren haben, schneller integriert werden. Mir ist dabei besonders wichtig, dass sich mit einer kurzen Vollzeit das gesamte Volumen der Erwerbsarbeit verringert. Die Gesellschaft ist gezwungen, eine Debatte über den Stellenwert einzelner Wirtschaftsbereiche zu führen: Die Produktion welcher Güter sollte abgebaut werden, und in welchem Umfang sollten gleichzeitig das Gesundheits- und Bildungswesen ausgebaut werden?

Was erwarten Sie für die Zukunft?

Winker: Wir werden uns nach der Corona-Pandemie in einer tiefen ökonomischen Rezession wiederfinden, und schon heute erklärt die bundesdeutsche Regierung, möglichst alle Unternehmen erhalten zu wollen. Auch die Autoindustrie fordert bereits wieder Prämien für den Neukauf von Autos. In einer solchen Debatte sind Forderungen nach einem ökologischen und sozialen Neustart, die heute viele erheben, schnell vergessen. Es sei denn, es gelingt, mit sehr vielen Menschen so lange auf den Straßen zu demonstrieren und die Plätze zu besetzen, bis tatsächlich eine umfassende Sozial- und Klimapolitik im Zentrum eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus steht.